

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen (1849—1853.)

Jnzwischen hatten sich am politischen Himmel wichtige Änderungen vollzogen. Auf Königliche Verordnung waren Anfang August 1849 die beiden Kammern zum erstenmal als legitime Volksvertretung in Berlin zusammengetreten, und Fraustadt hatte auch seinen Vertreter zu dieser entsandt. Vielleicht ließen sich die politischen Verhältnisse zu Gunsten der städtischen Angelegenheiten ausnutzen? Denn man mochte sich hier wohl darüber klar sein, daß es nach dem krassen Abbruch der Verhandlungen drei Jahre vorher jetzt nicht ganz leicht sein würde, dieselben wieder aufzunehmen. Sicher hatte man nicht von vornherein auf ein wohlwollendes Entgegenkommen zu rechnen, es sei denn, daß man positive Vorschläge brächte, welche den Intentionen der Staatsbehörden irgendwie entgegenkämen. Doch derartige Anerbietungen, die doch immer mit Geldopfern verbunden waren, konnte oder wollte die Stadt zunächst nicht machen. Man beabsichtigte vielmehr auf dem alten Fundamente weiter zu bauen, wie es seit 1846 unverändert stehen geblieben war. Dazu aber schienen Mittelspersonen durchaus notwendig zu sein, um die Stimmung in den leitenden Kreisen zu sondieren und ein gutes Wort für die Stadt einzulegen. Wer aber wäre dazu geeigneter gewesen als Fraustadts Abgeordneter zur ersten Kammer, der Generalpostdirektor Schmückert? Er war in den Regierungskreisen wohlbekannt, sein Wort mußte von Einfluß sein, er konnte als Vermittler auftreten. Also wandte man sich an ihn. Eine Kommission, bestehend aus den Predigern Nerretter und Specht und dem Rats Herrn, Kreischirurgus Hultsch, übernahm die Abfassung der erforderlichen Schreiben und Berichte, die vom Magistrat und den Stadtverordneten genehmigt und unterschrieben wurden. Schon im September wurde an den Abgeordneten unter Hinweis auf seine Versicherung, sich der Stadt in jeder Beziehung, namentlich aber in betreff der Erlangung einer Realschule annehmen zu wollen, eine Denkschrift und eine Eingabe an den Kultusminister von Ladenberg übersandt mit der Bitte, dieselben dem Minister überreichen und befürworten zu wollen. Das „Promemoria“ konnte natürlich nichts anderes enthalten als das, was in den früheren Gesuchen schon in dieser oder jener Form vorgebracht war. Die Eingabe selbst weist zuerst auf die früheren Bemühungen der Stadt hin.

„Ob die kleinen Änderungen im Lehrplan der Anstalt, welche die ganze Ausbeute unserer damaligen Bemühungen um Hebung derselben gewesen sind, den die Schule besuchenden Knaben eine gebiegenere und prattischere Ausbildung gewährt, darüber enthalten wir uns jedes Urteils; daß aber die Frequenz der Anstalt namentlich von außerhalb sich nicht gemehrt hat, ist notorisch und war auch vorauszu sehen.“ So lange die Schule ihren alten Namen und die alten Einrichtungen behalte, komme sie aus dem Mißkredit nicht heraus; es müsse laut und bestimmt der Welt verkündet werden: Die Königliche Kreisschule in Fraustadt ist nicht mehr, was sie war; sie ist gänzlich umgewandelt und erneuert, sie ist zur Realschule geworden! Daran schließen sich Klagen über die Notlage der Stadt. Bisher habe Fraustadt bei allen vom Staate beliebten neuen Einrichtungen gelitten; erst sei das Landgericht, welches drei Kreise unter seiner Jurisdiktion gehabt hätte, samt dem Inquisitoriat zu einem bloßen Land- und Stadtgericht herabgesetzt worden, welches nicht einmal den ganzen Kreis umfasse, und jetzt sei der Stadt nicht einmal das Kreisgericht gelassen worden, sondern nur eine Deputation desselben. Dies möge für größere Städte freilich weniger fühlbar sein, für Fraustadt aber, welches ohnedies bei seiner Lage zwischen zwei größeren Städten einen schweren Kampf um seine Existenz zu bestehen habe, sei es ein herber Verlust. Trotzdem sei allen Bitten um Ermäßigung der Abgaben, hinsichtlich deren Fraustadt mit Posen in eine Kategorie gesetzt sei, ein entschiedenes Nein entgegengehalten worden! „Möchte nun einmal die Zeit gekommen sein“, so lautet es elegisch weiter, „wo wir erleben, daß auch auf unsere Stadt ein Sonnenblick billiger Berücksichtigung fällt! „Möchte uns für alles, was wir verloren haben, wenigstens ein kleiner Ersatz, bei der Bürde, die wir tragen, eine kleine Erleichterung, und bei der Hoffnungslosigkeit, unter der wir seufzen, wenigstens ein Strahl der Hoffnung besserer Zeiten durch hohe Bewilligung einer Realschule zu teil werden!“ Daran schließt sich zuletzt in weniger schwungvollen Worten die Bitte, die für die Umwandlung in eine Realschule erforderlichen Mittel aus öffentlichen Fonds erwirken zu wollen.

Da der Oberpräsident der Provinz bei seiner Anwesenheit kurz zuvor sich wohlwollend geäußert hatte, richtete der Magistrat auch an ihn die Bitte um Unterstützung seiner Bestrebungen, wobei er sich der Hoffnung hingab, „mit den gerechten und wohlbegründeten Gesuchen bei den höchsten Staatsbehörden nicht immer unglücklich zu sein.“ Ganz ohne Zusammenhang mit diesen Schreiben war die Mitteilung, welche wenige Tage darauf der Rektor dem Magistrat machte. Er hatte die amtliche Anzeige bekommen, daß von Michaelis ab der Lehrplan der Meßeritzer Realschule für die vier unteren Klassen eingeführt werden solle. Es war also nur noch nötig, die Mittel zu beschaffen für die Besoldung einiger Lehrer, um eine vollständige Realschule ins Leben zu rufen, denn an den erforderlichen Räumen mangelte es nicht. Gewiß werde der Magistrat die etwaigen vorhandenen Hindernisse zu beseitigen, sich eifrigst angelegen sein lassen. Ebenso optimistisch wie der Rektor Tschner nahmen auch der Magistrat und die Stadtverordneten diese an sich geringfügige Änderung auf und sprachen der Regierung ihren tiefgefühltesten Dank für diese Nachricht aus, welche die Erfüllung eines von der Stadt so häufig und so sehnlichst ausgesprochenen Wunsches in Aussicht stelle. Und von diesen Gefühlen der Dankbarkeit durchdrungen, erlaubten sie sich zugleich die Bitte anzufügen, die Bildung der vollständigen Realschule durch Errichtung der noch fehlenden zwei obersten Klassen und Besetzung der erforderlichen Lehrerstellen so schnell als möglich gewogentlichst herbeiführen zu wollen, sowie die Umwandlung der Kreisschule im Regierungsamtsblatt offiziell zur Kenntnis des beteiligten Publikums zu bringen. Aber soweit war es noch lange nicht!

Über drei Monate waren vergangen, ohne daß aus Berlin irgend welche Nachricht eingetroffen war, und die Stadtverordneten verlangten Auskunft über den Stand der Angelegenheit. Dies

veranlaßte den Magistrat, den Generalpostdirektor in einem Schreiben an die übersandten Schriftstücke zu erinnern. Diese aber hatten inzwischen ruhig bei ihm gelegen, weil er den Zeitpunkt noch nicht für gekommen hielt, wo sich auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit ein genügender Erfolg hätte versprechen lassen. Unter der Hand jedoch hatte er sich erkundigt und von einflußreichen Personen erfahren, daß augenblicklich keine Aussicht vorhanden sei, für die Schule in Fraustadt mehr Mittel zu erlangen. „Während langjähriger Berufstätigkeit“, schreibt er, „habe ich die Erfahrung immer wieder bestätigt gefunden, daß, um gewünschte Zwecke zu erreichen, es vor allem darauf ankommt, mit besonnener Umsicht den nach den Umständen sich empfehlenden Zeitpunkt abzuwägen und zu benutzen.“ Auf die Anfrage hin aber hatte er nicht länger zögern zu dürfen geglaubt und hatte nunmehr die Schreiben mit dringender Befürwortung dem Minister überreicht. Was Schmückert befürchtet hatte, vernahm er jetzt aus dem Munde des Ministers, daß nämlich zur Zeit dem Antrage der Stadt in der gewünschten Weise nicht Folge gegeben werden könne. Er selbst wollte jedoch, so schrieb er dem Magistrat, den Gegenstand unablässig im Auge behalten und im gegebenen Augenblicke den Magistrat auffordern, die Sache aufs neue aufzunehmen. Bald darauf schickte der Abgeordnete auch noch die schriftliche Antwort des Ministers, in der dieser mitteilte, daß es ihm vor dem Erlaß des Unterrichtsgesetzes unmöglich sei, die Reorganisation der Kreisschule, der übrigens weniger durch einen andern Namen als durch die schwierige Beseitigung nicht ganz tüchtiger Lehrer zu helfen sein werde, zu veranlassen. Doch wollte der Minister seiner Zeit gern bereit sein, soweit es die Umstände gestatteten, die Reorganisation der Kreisschule zu vermitteln. Auch die Antwort des Ministers an den Magistrat vertröstete auf das Unterrichtsgesetz; nach dem Erlaß desselben würde die Regierung in Posen die Angelegenheit einer näheren Prüfung unterziehen und ihm darüber berichten. Es blieb also der Stadt einstweilen nichts anderes übrig als — warten, und die Weiterentwicklung der Sache dem Manne vertrauensvoll zu überlassen, der sich zur Förderung der städtischen Interessen so bereitwillig angeboten hatte.

Über ein halbes Jahr war so vergangen, da beschloß der Magistrat, selbst wieder die Initiative zu ergreifen und die ferneren Arbeiten in der Realschulfrage einer besonderen Kommission zu übertragen, die aus „intelligenten und für den Gegenstand sich besonders interessierenden Männern der Einwohnerschaft“ gewählt wurde. Ahnte der Magistrat, daß es mit dem Schulgesetze nicht so schnell gehen werde? Jedenfalls tat er recht daran, nicht ad kalendas graecas zu warten, denn bekanntlich harret auch heute noch Artikel 26 der Verfassungs-Urkunde für den Preussischen Staat: „Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen“ seiner Erfüllung. Im November 1850 konstituierte sich also die Schulkommission [Nerreter, Cleemann, Hultsch]. Da die Angelegenheit nach der Antwort des Ministers der Regierung in Posen zur weiteren Behandlung übergeben werden sollte, wandte man sich zunächst an den dortigen Regierungsschulrat Dr. Lucas, dem man das größte Vertrauen entgegenbrachte, denn „noch nie zuvor war das Gewicht der Gründe, welche die Stadt für ihre Anträge anzuführen hatte, mit so vorurteilsfreien Blicken erwogen worden, und nur dessen bedurfte es, um der Erfüllung ihres sehnlichsten Wunsches gewiß zu sein“. Zugleich ging ein Brief ab an den Direktor Wilcke von der Realschule in Frankfurt a/D., auf den schon vor einigen Jahren der Prediger Nerreter hingewiesen hatte als auf die geeignetste Persönlichkeit, als Sachmann in der Sache etwas zu tun. Als geborener Fraustädter erklärte er sich sofort bereit, seine Kräfte dem Gedeihen der Realschulsache zu widmen und eingehend alle Fragen zu beantworten, welche einen detaillierten Nachweis des jährlichen Bedarfs einer Realschule in ärmlichster Gestalt mit Berücksichtigung der Fraustädter Verhältnisse bezweckten. „Sie haben in meinem Herzen gelesen“, schreibt er, „es schlägt heute noch ebenso warm

für meine teure Vaterstadt als in den Knaben- und Jünglingsjahren; ich werde mich glücklich preisen, wenn die Vorsehung es mir vergönnt, im gereiften Lebensalter einen Teil von einer Schuld abzutragen, die ich gern schon früher bezahlt hätte. Disponieren Sie also getrost über meine Zeit und meine Kraft!" Die Stadt solle sich dadurch nicht irre machen lassen, fährt er fort, daß die Frage über das Realschulwesen erst durch das Unterrichtsgesetz ihre volle Erledigung finden werde. Hinsichtlich des Kostenpunktes werde es unbedingt beim alten bleiben: Die Realschulen werden von den Kommunen, welche sie anlegen wollten, zum größten Teile erhalten werden müssen, und der Staat werde höchstens eine Beihilfe leisten. Um aber ein Gutachten über die neue Schule abgeben zu können, legte er dem Magistrat 8 Fragen vor, deren Beantwortung für die Kenntnis der Sachlage unerlässlich war. Nachdem der Magistrat diese ausführlich beantwortet hatte, arbeitete Wilke ein von großer Liebe für die Sache zeugendes Schriftstück aus. Dasselbe zerfällt in drei Abschnitte, von denen der erste einen Organisationsplan für die Fraustädter Realschule enthält, der zweite den Kostenanschlag und der dritte seine Ansichten, wie die Kreischule in die neue Schule umzuwandeln sei. In dem ersten Teile ist Wilke dafür, die Realschule als Realgymnasium einzurichten, welches aus zwei miteinander organisch verbundenen Anstalten, dem Untergymnasium und dem eigentlichen Realgymnasium, bestehe. Das Untergymnasium bereite sowohl für ein Gymnasium als auch für ein Realgymnasium vor. Da der Unterricht im Polnischen obligatorisch sein müsse, solle im Realgymnasium dem lateinischen Unterricht der englische parallel laufen, denn „wollten wir die Lateiner auch zum Englischen zwingen, so würden diese offenbar überbürdet.“ Der schlimmste Punkt ist der Geldpunkt. An Gehalt für die Lehrer und Remuneration für den technischen Unterricht und die katholischen Religionsstunden rechnet er zusammen an Ausgaben 4800 bis 4850 Thaler, ferner für Unterrichtsmittel, Utensilien, Apparate und Schuldiener, ohne Heizung, Beleuchtung, Reparaturen u. ungefähr 250 Thaler, so daß die Gesamtausgaben 5050 bis 5100 Thaler betragen. Heizung u. würden auf die Kämmererkasse zu übernehmen sein. Die Frequenz der Anstalt nimmt er mit 165 Schülern an, von denen an Schulgeld 2010 Thaler einkämen. Der Staat gebe jetzt zur Kreischule 2086 Thlr., und wenn der Magistrat sich die Erhöhung dieses Zuschusses auf 3000 Thaler für die dem Verarmen mit Riesenschritten entgegengehende Kommune erbitte, so sei dies Gesuch noch keineswegs ein unbeseidenes, denn er wisse aus offizieller Quelle, daß der Staat für die Meßeritzer Realschule jährlich sogar 4000 Thaler ausbebe. Im dritten Abschnitte spricht er von den damaligen Lehrern der Kreischule. Diejenigen von ihnen, welche zwischen 60 und 70 Jahre alt seien, eigneten sich für die Realschule nicht, ebensowenig von den andern die, welche nicht ein Examen vor der Wissenschaftlichen Prüfungs-Kommission abgelegt hätten. Hauptsache für die junge Anstalt sei, ihr die besten Lehrer zuzuführen. Mißglückten diese Wahlen, so sei die Schule ein totgeborenes Kind! Daran schließen sich dann noch einzelne Angaben für die Umwandlung, die Aufnahme in die einzelnen Klassen und das allmähliche Heranwachsen der Klassenzahl. „Wir säen und pflanzen“, schließt er; „der Segen kommt von oben! Gott sei mit allen, die an dem neuen Werke arbeiten, und segne ihre Bestrebungen!“

Noch bevor dieses Gutachten eintraf, war der Oberprediger Nerretter wieder in Berlin beim Kultusminister von Raumer gewesen und dann noch in Posen. Er war überall mit ausgezeichnetem Wohlwollen empfangen worden; nähere Angaben sind indes in den Akten über diese Reise nicht zu finden. Er hatte die Vollmacht gehabt, im Namen der Stadt einen Zuschuß von 1000 Thalern anzubieten. Nach den Berechnungen Wilkes aber hatte man sich überzeugt, daß die 1000 Thaler noch nicht ausreichend sein würden, selbst wenn der Staat statt 2086 jetzt 3000 Thaler geben würde. Es kam also zunächst darauf an, die Staatsregierung zu bestimmen, die fehlenden 914 Thaler zu-

zulegen, wogegen die Stadt auch bereit war, nötigenfalls noch mehr als 1000 Thaler zu geben. In diesem Sinne richtete der Magistrat einen eingehenden Bericht an die Posen'sche Regierung, in dem er um Beschleunigung der Angelegenheit bat und seine Wünsche dem Staate gegenüber dahin aussprach:

1. Die Pensionierung der für den Übergang an die Realschule nicht geeigneten Lehrer resp. deren Veretzung an andere Lehranstalten;
2. die notwendigen baulichen Einrichtungen an dem Königlichen Kreisschulgebäude zu übernehmen und

3. den bisher geleisteten Zuschuß von 2086 Thalern auf 3000 Thaler jährlich zu erhöhen, „wogegen wir uns namens der Kommune Fraustadt hiermit verpflichten, die außerdem noch erforderlichen jährlichen Unterhaltungskosten der Realschule aus Stadtmitteln zu beschaffen“. (10. III. 1851).

Unter Bezugnahme auf die dem Oberprediger Nerreter gewährte Audienz und die „ausdrückliche gnädige Versicherung Sr. Excellenz, sich für die Realschulangelegenheit der Stadt, auf das lebhafteste interessieren zu wollen“, sandte der Magistrat die Abschrift dieses Berichtes an den Minister von Raumer und bat, „in gerechter Würdigung aller obwaltenden Verhältnisse die aufgestellten Propositionen kräftigst befürworten zu wollen“. Schon nach wenigen Tagen aber war aus dem Briefe des Schulrats Dr. Lucas an Nerreter, in dem er sein baldiges Eintreffen in Fraustadt meldete, zu erkennen, daß die Regierung auf die Vorschläge der Stadt nicht eingehen werde, denn er schloß mit den Worten: „Schade nur, daß wir in einer Zeit leben, wo es sehr schwer, ja fast unmöglich ist, Königliche Zuschüsse zu erlangen“. Sollte nun die Entscheidung der Frage nicht noch länger hinausgeschoben werden, so war es nötig, sich vor dem Eintreffen des Königlichen Kommissarius darüber zu verständigen, bis zu welchen Anerbietungen bezw. Zugeständnissen die Kommission gehen dürfe, insbesondere ob sie den letzten Entschluß der Stadtbehörden, allen Mehrbedarf der Realschule zu decken, bereits mitteilen, oder bei der Möglichkeit, daß man in Berlin günstiger als in Posen gesinnt sei, vorläufig noch auf dem beantragten Zuschusse bestehen, eventualiter ob es dem Ermessen der Deputation überlassen werden solle, hierin nach Umständen zu verfahren. Bürgermeister Noack machte also beim Magistrat den Vorschlag, bei den Stadtverordneten den Antrag zu stellen, „daß Wohlieselben beschließen mögen, den ganzen Mehrbedarf der Realschule aus städtischen Mitteln zu decken, wenn es nicht gelingen sollte, einen Staatszuschuß zu erlangen, und hiernach die weiteren Schritte dem Magistrat zu überlassen“. Die Magistratsmitglieder schlossen sich diesem Antrage an, und die Stadtverordnetenversammlung erhob ihn mit 9 gegen 3 Stimmen zum Beschluß. Jedoch wurde dabei noch besonders hervorgehoben, daß die Stadt die Bauten für das Schullokal und die Pensionierung der Lehrer nicht tragen wolle.

Am 7. April 1851 fand dann die entscheidende Sitzung statt, an der außer dem Dr. Lucas der Landrat von Heiniz, der Ratsherr Hulsch, Stadtverordneten-Vorsteher Mälzer, Oberprediger Nerreter und Kaufmann Cleemann teilnahmen. Entscheidend war diese Sitzung zwar noch nicht für eine schnelle und definitive Erledigung der Realschulfrage überhaupt, denn es vergingen noch fast zwei Jahre, ehe die Angelegenheit endgültig erledigt war oder — richtiger gesagt — erledigt zu sein schien, doch war die Sitzung dadurch von besonderer Wichtigkeit, daß in ihr zum erstenmal feste Grundbestimmungen gelegt wurden, auf die noch nach Jahren immer wieder zurückgegangen wird. Wie man schon befürchtet hatte, konnte der Königliche Kommissarius einen erhöhten Zuschuß aus Staatsmitteln nicht in Aussicht stellen, wohl aber versprach er alles zu tun, daß die Pensionierung zweier Lehrer und ebenso die notwendigen baulichen Umänderungen im Schulgebäude vom Staate übernommen würden. Darauf erklärten die Vertreter der Stadt auf Grund ihrer Vollmacht, die Stadt

wolle, auch wenn der Staat die gewünschten 914 Thaler nicht beisteuern könne, für alles Fehlende aufkommen. So wurde nun unter genauer Vergegenwärtigung der Bedürfnisse der neuen Anstalt, zum Teil im Anschluß an die Aufstellung Wieckes, ein Etat mit folgenden Ansätzen entworfen:

I. Ausgabe.

Titel I. Nichts.

Titel II. An Besoldungen

1) dem Direktor mit freier Wohnung im Schulgebäude, im Werte von 60 Thalern	800	Thlr.	—	Gr.
2) dem ersten Oberlehrer, womöglich incl. einer Wohnung	700	"	—	"
3) dem zweiten Oberlehrer	550	"	—	"
4) dem dritten Oberlehrer	500	"	—	"
5) dem ersten ordentlichen Lehrer	450	"	—	"
6) dem zweiten "	400	"	—	"
7) dem dritten "	400	"	—	"
8) dem vierten "	350	"	—	"
9) dem Zeichenlehrer	110	"	—	"
10) Religionsunterricht	33	"	10	"
11) Gesangsunterricht	24	"	—	"
12) Turnunterricht	15	"	—	"
13) Dem Schuldiener (freie Wohnung im Schulgebäude im Werte von 6 Thalern)	45	"	—	"
14) Dem Lehrer Schröder die früher bewilligte Pension	50	"	—	"
			4427	Thlr. 10 Gr.

Titel III. Zu Unterrichtszwecken

1. Zur Bibliothek	100	Thlr.	—	Gr.
2) Math. physikal. Instrumente und Modelle	40	"	—	"
3) Chemische Apparate	40	"	—	"
4) Naturhistorisches Kabinet	20	"	—	"
5) Landkarten, Vorzeichnungen	20	"	—	"
6) Musikalien	20	"	—	"
7) Zum Programm	30	"	—	"

270 " — "

Titel IV. Schulsutenfilien

20 Thlr. — Gr.

Titel V. Heizung und Beleuchtung

140 " — "

Titel VI. Bauliche Unterhaltung des Gebäudes incl. Feuer- und Lichtbeiträge

70 " — "

Titel VII. Insgemein

22 " 20 "

252 " 20 "

Summa der Ausgaben 4950 Thlr. — Gr.

II. Einnahme.

Titel I. Nichts.

Titel II. Zinsen

27 Thlr. — Gr.

Titel III. Nichts.

Titel IV. 1) Hebungen aus dem Provinzialschulfonds

2070 " — "

2) Aus der Kämmererkasse zu Braustadt

2013*) " — "

4110 Thlr. — Gr.

Titel V. Schulgeld von auswärtigen Schülern

1) 20 Schüler der unteren Klassen à 10 Thaler

200 " — "

2) 30 Schüler der mittleren Klassen à 12 Thaler

360 " — "

3) 20 Schüler der oberen Klassen à 14 Thaler

280 " — "

840 " — "

Summa der Einnahme 4950 Thlr. — Gr.

*) Dies war die Summe, welche an den Einnahmen fehlte, um der Gesamtsumme der Ausgaben gleich zu kommen. Dieser Fehlbetrag wurde als städtischer Beitrag in den Etat aufgenommen.

Schließlich gaben die Deputierten noch die Erklärung ab, die Stadt könne diese bedeutenden Mehrlasten nur unter der Bedingung übernehmen, daß

1. die neue Anstalt schon zu Michaelis des Jahres oder spätestens Ostern k. J. ins Leben trete,
2. die staatlicherseits in Aussicht gestellten Verheißungen erfüllt würden, und
3. der Zuschuß aus der Kammereikasse vierteljährlich praenumerando zwar vollständig gezahlt würde, dasjenige aber, was an Schulgeld über das etatsmäßige jährliche Bedürfnis der Anstalt hinaus einkomme, der Kammereikasse zurückerstattet werde.

Ein Lichtblick für die weiteren Verhandlungen war die Anfrage aus Posen wegen der Kosten, welche die baulichen Einrichtungen im alten Gebäude voraussichtlich verursachen würden. Es handelte sich also nur noch darum, daß der Staat zwei von ihm angestellte Lehrer, die schon wegen ihres Alters für die Einrichtung einer neuen Anstalt nicht mehr geeignet waren, pensionierte und sich zur Übernahme der notwendigen Umbauten verpflichtete.

Eine willkommene Gelegenheit dieser beiden Punkte wegen in Berlin bei den maßgebenden Personen selbst vorstellig zu werden, bot die Enthüllung des Denkmals Friedrichs des Großen Ende Mai 1851. Der Bürgermeister Noack und der Stadtverordnete Apotheker Hager waren als Vertreter der Stadt bei dieser Feier zugegen. Am Tage nach der Enthüllung begannen sie ihre Besuche, hauptsächlich zu dem Zwecke, wie es in dem Berichte über ihre Reise lautet, es nach Möglichkeit recht offenkundig werden zu lassen, daß Fraustadt an dem vaterländischen Feste teilgenommen habe und durch und durch von tüchtigen Patrioten bewohnt sei. Geheimrat Kortüm war erst von einer längeren Reise zurückgekehrt und deshalb über den Stand der Angelegenheit noch nicht orientiert; er bestellte die Deputierten auf den nächsten Tag wieder. Geheimrat Brüggemann war sehr günstig für die Schule gestimmt, sprach aber seine Ansicht dahin aus, daß in dem Maße als der Kreisschulfonds aus katholischen Stiftungen her rühre, auch eine angemessene Zahl katholischer Lehrer angestellt werden müsse, ebenso war er für einen Wechsel zwischen katholischen und evangelischen Direktoren. Auch hatte die Stadt nach seiner Ansicht ein Recht darauf, bei der Ernennung der Lehrer mitzusprechen, da sie zu den Unterhaltungskosten der Anstalt beitrage. Geheimrat Stiehl erkundigte sich besonders nach der politischen Gesinnung der Fraustädter Bürger, und beide Vertreter konnten diese der Wahrheit gemäß als eine konservative schildern und wiesen auch darauf hin, daß Fraustadt schon zu polnischen Zeiten seine hoffnungsvollen Blicke auf das brandenburgische Herrscherhaus gerichtet und seine Anhänglichkeit an das gesamte preussische Vaterland, sowie seine Treue zum Könige bei den polnischen Verschwörungen und Aufständen bewährt habe. Geheimrat Kortüm versprach nach Einblick in die Akten sich der Sache nunmehr annehmen zu wollen. Den Minister des Innern trafen sie nicht zu Hause an, wohl aber den Ministerpräsidenten von Manteuffel.

„Er nahm uns sehr höflich auf“, berichten die Deputierten weiter. „Wir sagten ihm, daß wir im Auftrage der Stadt Fraustadt an der Feierlichkeit der Enthüllung des Friedrich = Denkmals teilgenommen hätten, und daß uns auch der Auftrag geworden sei, Sr. Excellenz die Verehrung Seiner hohen Person seitens der Stadt Fraustadt kund zu tun. Der mitunterzeichnete Hager ließ in letzterer Hinsicht noch die ergänzenden Worte fallen, daß unsere Mitbürger Sr. Excellenz vorzüglich deshalb so zugetan seien, weil Sie in ihrer Weisheit jenen drohenden Krieg mit Oesterreich, der nächst Schlesien besonders für die Provinz Posen die unheilvollsten Folgen gehabt haben würde, beseitigt hätten. Der Ministerpräsident erwiderte hierauf, er freue sich, das zu hören; es habe ihm sehr leid getan, der Kampflust unseres Heeres entgegentreten zu müssen; aber die Vernünftigen

sähen es jetzt schon ein, daß ein Krieg mit Oesterreich, zu dem sich uns höchst unwillkommene Bundesgenossen (Demokraten) zugesellt hätten, kein Krieg für uns war. Auf die Frage nach der politischen Gesinnung und nach der gegenwärtigen Stimmung unserer Mitbürger schilderten wir die erstere, wie sich das von selbst versteht, als eine patriotische, in Bezug auf die letztere aber bemerkten wir, daß sie wegen der herrschenden Nahrungslosigkeit in unserer Stadt zur Zeit sehr niedergedrückt sei. Der Ministerpräsident bedauerte das letztere, indem er als Grund dafür die anarchischen Zustände des Westens anführte. Er forderte uns auf, in unseren Wirkungskreisen nach Möglichkeit für die Befestigung der Liebe zum Könige und des Vertrauens zu Sr. Majestät Regierung zu wirken, und reichte uns sodann zum Abschiede die Hände“.

Die wichtigste Audienz war beim Kultusminister. Hier erfuhren sie dasselbe, was Direktor Wiecke schon angedeutet hatte, daß der Staat grundsätzlich keine Zuschüsse für die Realschulen leiste und daß eine Ausnahme von der Regel nur aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Wohles zugelassen werden könne. Bestimmte Zusicherungen konnte der Minister der Stadt noch nicht geben, da der Bericht der Kgl. Regierung aus Posen noch nicht eingegangen war. Die beiden Deputierten wiesen auf die geringen Opfer hin, welche der Staat noch zu bringen hätte, und auf die Notwendigkeit, daß der Staat die ihm gehörenden Gebäude reparieren lasse, und daß ferner Lehrer im Alter von 60 bis 70 Jahren sich für die Kreisschule ebenjowenig tauglich erwiesen als für eine Realschule; während der Minister alles andere zugab, bestritt er die Pensionsberechtigung der beteiligten Lehrer, da sie zu keinem Pensionsfonds beigesteuert hätten.

Trotz der vielen Besuche und Audienzen kehrten die Vertreter der Stadt nur mit vielen Versprechungen und Vertröstungen, aber ohne ein positives Ergebnis aus Berlin zurück. Die Entscheidung ruhte für's erste noch bei der Regierung in Posen, welche auf eine diesbezügliche Anfrage des Ministers geantwortet hatte, die mit der Stadt gepflogenen Verhandlungen hätten ein günstiges Resultat gehabt; aber es wären noch verschiedene Rückfragen nach Fraustadt nötig gewesen, nach deren Beantwortung die Regierung nicht verfehlen werde, den vollständigen Bericht zu erstatten. Da aber wieder zwei Monate vergingen, ohne daß die erwünschten Nachrichten eingingen, begann man sich hier schon mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß zu Michaelis d. J. die neue Schule noch nicht eröffnet werden könne, wie man anfänglich gehofft hatte. Aber selbst wenn Ostern 1852 die Eröffnung stattfinden sollte, durfte man die für die Bauausführungen geeignete Zeit nicht unbenutzt vorübergehen lassen. Deshalb wandte sich der Magistrat im August wieder an den Minister selbst, wies auf die günstige Jahreszeit hin, jetzt die baulichen Veränderungen vornehmen zu lassen, und schloß mit der untertänigsten Bitte, die Entscheidung über die Umwandlung der Realschule recht bald herbeizuführen. Aber auch darauf kam noch keine Antwort.

Oberprediger Nerretter, der wohl mit die Seele der ganzen Realschulbewegung gewesen war, verließ zu Ende des Jahres seinen hiesigen Wirkungskreis. Für seine Verdienste um die städtischen Angelegenheiten hatte die Stadt ihm das Ehrenbürgerrecht verliehen, und in dem Dankschreiben für die ihm dadurch erwiesene Ehre spricht er die dringende Bitte aus, die Realschule nicht ihrem Schicksale zu überlassen. Die Stadt solle vielmehr einen Vertrauensmann damit beauftragen, Monat um Monat die Behörden mit seinen Bitten und Erinnerungen zu ermüden, bis sie endlich das entscheidende „Ja“ sagen und betätigen. Noch stehe diese Angelegenheit gut, aber leicht könne sie an Altersschwäche sterben! Der Magistrat war durchaus nicht gesonnen, die Angelegenheit zu verschleppen und so schließlich im Sande verlaufen zu lassen, versprach sich aber mehr Erfolg, wenn eine Behörde die

Sache in der Hand behalte, als wenn sie einem einzelnen übergeben würde. In angemessenen Fristen wollte er das Ministerium an die Entscheidung erinnern. Dies geschah auch in den ersten Tagen des Dezember; man entschuldigte die erneute Erinnerung mit den vielfachen Anfragen von nah und fern, ob zu Ostern 1852 die Realschule eröffnet werden würde. Im Anfange des nächsten Jahres kam Schulrat Dr. Lucas in andern Angelegenheiten nach hier. Im Auftrage des Magistrats machten ihm Kaufmann Cleemann und Prediger Specht ihre Aufwartung, um sich im Namen der Stadt über den Stand der Angelegenheit zu erkundigen. Sie waren ermächtigt worden, der Regierung den Vorschlag zu machen, daß die Kommune auf Rechnung des Staates den Bau ausführen wolle. Bei dieser Gelegenheit teilte Dr. Lucas mit, daß es sich für den Minister zunächst noch darum handle, einen genügenden Pensionsfonds zu beschaffen, es fehlten daran nur noch etwa 200 Thaler. Die Sache stehe für Fraustadt gut. In 14 Tagen würde er der Stadt nähere Mitteilungen machen können. Bis dahin aber solle man mit weiteren Eingaben und Anträgen warten, da der Minister doch darauf noch keine bindende Antwort geben könne. Über den opferwilligen Sinn der Fraustädter Bürgererschaft sprach sich der Schulrat sehr beifällig aus. In dem Berichte über diese Unterredung schreibt Pastor Specht, daß man bei den weiteren Verhandlungen und dem beabsichtigten Anerbieten ja nicht versäumen dürfe, die Größe des Opfers, welches die Stadt damit bringe, gehörig hervorzuheben, „damit die Herren dort oben nicht zu der Meinung verleitet werden, wir hätten hier das Geld haufenweise liegen.“ Da nach Verlauf der angedeuteten Frist von 14 Tagen noch keine Antwort da war, ging prompt am 11. II. ein erneutes Schreiben an den Minister ab. „Der Umstand, daß wir seit beinahe Jahresfrist von dem Fortgange der Realschulangelegenheit keine weitere Kenntnis erlangt haben, erfüllt die Bürgererschaft, welche sich für den Plan lebhaft interessiert, mit großen Besorgnissen, zu deren Beschwichtigung wir leider nichts beizutragen vermögen.“ Darauf folgt das Anerbieten der Stadt, für den Bau die erforderlichen Mittel dem Staate vorschießen zu wollen, falls dieselben augenblicklich aus den Staatsfonds nicht flüssig zu machen wären. Eine Antwort auf dies Schreiben glaubte man nicht erst abwarten zu dürfen, sondern beschloß, da die Sache ins Stocken zu geraten scheine, selbst wieder energisch vorzugehen. In der Schulkommission (Cleemann, Fengler, Maelzer, Meißner, Noack, Specht) erboten sich einzelne Mitglieder, die erforderlichen Schreiben zu übernehmen, und es schrieb Ratsherr Cleemann an den Generalpostdirektor Schmückert, Bürgermeister Noack an den Oberpräsidenten von Puttkammer, Pastor prim. Specht an Geheimrat Kortüm und Rechtsanwalt Freyer, der früher in Fraustadt gewesen war, dann aber seine Praxis nach Berlin verlegt hatte. In dem Schreiben an den Oberpräsidenten, der sich als Mitglied der 2. Kammer in Berlin befand, werden die großen Opfer der Stadt gebührend hervorgehoben, denen gegenüber das, was der Staat leisten solle, so gering sei, daß man es sich gar nicht zu erklären vermöge, warum die Entscheidung so lange auf sich warten lasse. Die Stadt sei bereit, 2013 Thaler jährlich zur Realschule zu geben, während der Staat nur die 2070 Thaler, die er jetzt auf die Unterhaltung der Kreisschule verwende, der neuen Anstalt lassen, zwei ältere Lehrer pensionieren und die nötigen Reparaturen und Umbauten, die nur 700—1000 Thaler kosten würden, übernehmen solle. Die beiden letzten Anforderungen seien unabweislich, auch wenn die Kreisschule nicht in eine Realschule umgewandelt würde. Der Oberpräsident wird dann gebeten, seinen Einfluß in Berlin im Interesse der Stadt für eine baldige günstige Erledigung der Frage geltend zu machen.

Unter Bezugnahme auf seine vielfachen Äußerungen, sich der Fraustädter Realschule wohlwollend annehmen zu wollen, bittet der Magistrat den Geheimrat Kortüm, „der Angelegenheit hochgeneigtest Fortgang verschaffen und die Stadt durch eine gütige Benachrichtigung über den Stand der

Dinge der auf ihr lastenden peinlichen Ungewißheit entheben zu wollen". Auch das Schreiben an den Generalpostdirektor giebt eine eingehende Darstellung von der Lage der Verhältnisse, zählt die Opfer seitens der Stadt und die Ansprüche an den Staat auf. Die Realschule sei der letzte Rettungsanker für die Stadt, um ihren seit den letzten Jahrzehnten immer tiefer gesunkenen Wohlstand einigermaßen wieder zu befestigen. Es handle sich darum, einer wahrhaft loyalen Stadt zu helfen, deren Opferbereitschaft bei allem zu fördernden Guten sich vielfach bewährt habe. Wenn der Vertreter der Stadt im Parlament bei den maßgebenden Personen seinen großen Einfluß zu Gunsten dieser Angelegenheit verwenden wolle, so würde die Dankbarkeit der Stadt ihm gegenüber eine unbegrenzte sein. Die beiden Schreiben an den Oberpräsidenten von Puttkammer und den Geheimrat Dr. Kortüm persönlich zu übermitteln, wurde wieder Direktor Wiecke in Frankfurt gebeten. Dieser erfüllte alsbald den ihm gewordenen Auftrag und berichtete bereits am 25. II. über seine Reise nach Berlin. Seine Schilderung des sichtbar zunehmenden Verfalls des Wohlstandes in seiner Vaterstadt machte auf Geheimrat Kortüm anscheinend einen großen Eindruck. Dieser erklärte alsdann, daß die Sache durchaus nicht beiseite gelegt sei und daß sogar im Ministerium eine günstige Stimmung herrsche. Das Übereinkommen vom 7. IV. 1851 müsse die Basis für die Unterhandlungen sein. Die Pensionierungsfrage sei nur noch nicht erledigt, weil dem Ministerium noch nicht der terminus a quo für die beiden zu pensionierenden Lehrer angegeben sei. Für die Bauten sei es am bequemsten, wenn die Stadt dieselben ausführe und sich vom Minister ein Pauschquantum dazu erbitte. Wiecke selbst war jedoch anderer Ansicht, denn die Stadt könne dadurch leicht sich weit größere Ausgaben verursachen. In wenigen Wochen würde die Stadt eine definitive Antwort erhalten. Zum Schluß gab Geheimrat Kortüm dem Direktor Wiecke mit Hand und Mund die Versicherung, daß er alles aufbieten werde, um der Stadt möglichst billige Bedingungen zu stellen. Den Kultusminister von Raumer persönlich sprach Wiecke nicht, denn dieser war durch die Verhandlungen seines Budgets in der zweiten Kammer voll auf in Anspruch genommen, und so glaubte Wiecke, daß ein Besuch zu ungelegener Zeit mehr schaden als nützen könne. Wohl aber suchte er noch einen anderen Herrn auf, den er nicht nennt, welcher bei Sr. Excellenz sich für eine Beschleunigung der Angelegenheit verwenden wollte. Den Oberpräsidenten konnte Wiecke trotz mehrfacher Versuche nicht antreffen, darum ließ er das Schreiben in seiner Wohnung zurück. Kurz vor oder kurz nach Wiecke muß auch der Rechtsanwalt Freyer beim Geheimrat Kortüm gewesen sein; er schrieb darüber an den Pastor prim. Specht: „Ich fand ihn sattelfest, d. h. ihm war der Gegenstand sehr wohl bekannt, und versprach er, die Sache morgen dem Herrn Minister vorzutragen; nach seiner Äußerung war die Sache für Fraustadt entschieden, und wäre bloß die Pensionierung der bewußten zwei Herren zu arrangieren. Meine Frage, ob ich den Minister selbst dieserhalb anzugehen habe, lehnte er ab, da bereits ein Erinnerungsschreiben der Stadt vorliege. So hoffe ich denn, daß diese Angelegenheit sich bald zu Gunsten einer Stadt entscheiden wird, der, wäre ich so mächtig, wie ich unmächtig bin, mit Genugtuung das Prädikat einer guten Stadt verleihen würde, in der ich viele glückliche Tage meines Lebens zugebracht habe, und bitte ich den Herren der Stadt es gelegentlich zu sagen, daß es mir stets zu einer wahren Freude gereichen würde, falls ich imstande wäre, etwas für sie zu bewirken.“

Die Antwort des Ministers von Raumer vom 26. III. 1852 brachte auch noch nicht die so lange erwartete endgiltige Erledigung, sie teilte vielmehr nur mit, daß wegen Bestreitung der Baukosten Verhandlungen im Gange wären und daß wegen der Pensionierung des Direktors Sechner und des Lehrers Radojewski noch weitere Erörterungen anzuordnen gewesen wären. „Nicht aus unmotivierter Ungebuld, sondern weil jede Verzögerung die wirkliche Ausführung des Projekts noch auf ein

Jahr weiter hinausschieben kann“, wandte sich deshalb Prediger Specht wieder an den Schulrat Dr. Lucas mit der Bitte, alles aufzuwenden, was in seinen Kräften stehe, um die Schwierigkeiten in Posen zu beseitigen und die ganze Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. Dieser erwiderte nach einigen Tagen, daß bereits Ende März der Bericht der Regierung nach Berlin abgegangen sei, welcher den größten Teil des Baufonds nachweise; von der Pensionierung ist in dem Briefe nichts erwähnt, nur im Allgemeinen angedeutet, daß die Regierung die Realschulangelegenheit angelegentlich befürwortet habe. Ausführliche Mitteilungen brachte erst die Antwort des Generalpostdirektors Schmückert, vom 12. VI.; er hatte so lange mit seinem Antwortschreiben gewartet, weil er vorher noch nichts Bestimmtes hatte in Erfahrung bringen können, denn unablässig waren neue Schwierigkeiten dem glücklichen Fortgange der Sache hemmend in den Weg getreten. „Eine Hemmung bot“, so schreibt er an den Rats Herrn Cleemann, „die Lösung der Frage, auf welchen Fonds die Pensionen der außer Tätigkeit zu setzenden beiden Lehrer zu übernehmen seien und nach welcher Norm die Pensionierung derselben überhaupt einzuleiten sein würde. Bezüglich des ersten Punktes hat der Herr Finanzminister alle Anträge auf Übernahme der Pensionen auf den allgemeinen Pensionsfonds entschieden zurückgewiesen, so daß erst die Entschließung des Herrn Kultusministers, hinsichtlich der Pensionen sich auf andere Weise zu helfen, das Erschweren überwinden ließ. — Die Pension der beiden Herren sollte nach den Grundsätzen für Elementarlehrer bemessen werden. Die hiergegen seitens der Beteiligten erhobenen Einwendungen, da dieselben ihre Pensionen nach dem Range der höheren Lehrer-Klassen normiert zu sehen wünschten, machten vielfache Zwischenverhandlungen notwendig, welche zu meiner Freude jedoch nun auch zu Gunsten der Beteiligten ihre Erledigung gefunden haben. Endlich bot die Frage wegen Beschaffung des erforderlichen Zuschusses zu den Baukosten von ca. 1000 Thalern mannigfache Schwierigkeiten dar; auch diese ist jetzt dadurch, daß sich noch eine Ersparnis von ca. 700 Thaler gefunden hat und daß der Herr Kultusminister die übrigen 300 Thaler aus anderen Dispositionsfonds hergeben will, glücklich gelöst worden.“ War dies auch immerhin noch nicht eine offizielle Mitteilung, so war es doch nicht zu bezweifeln, daß diese nun nicht mehr lange auf sich warten lassen würde.

Ebenfalls auf eine baldige Entscheidung ließ ein Brief des Rechtsanwalts Freyer schließen. Prediger Specht hatte ihn veranlaßt, sich beim Geheimrat Kortüm noch einmal persönlich nach dem Gange der Verhandlungen zu erkundigen. Freude über die erfolgreiche Mission spricht aus der Art und Weise, wie er über das Ergebnis berichtet. Gleich nach dem Empfang der Aufforderung sei die Sturmkolonne Freyer gegen das Hauptquartier Kortüm vorgerückt, zweimal aber habe sie Zersengeld geben müssen, da den ersten Sturm und ebenso den zweiten ein geschmeidiger Kammerdiener zurückgewiesen habe mit den Worten: „Der Herr Geheimrat sind nicht zu Haus!“ Erst beim dritten Ansturm hatte er Glück und erfuhr unter anderem, daß die Sache in der allernächsten Zeit nach den Wünschen Fraustadts entschieden sein würde. Mit diesen Nachrichten konnte man schon rechnen, und deshalb fragte der Magistrat in einem Dankschreiben bei dem Direktor Wiecke an, ob er der Stadt nicht einen Direktor für die neue Anstalt empfehlen könne; denn infolge der Äußerung des Geheimrats Brüggemann schmeichelte man sich der Hoffnung, die Regierung würde der Stadt das Recht einräumen, für den Direktorposten und für die Oberlehrerstellen Vorschläge zu machen. „Wäre ich zehn Jahre jünger, als ich bin“, erwidert Wiecke, „so würde ich auch nicht einen Augenblick anstehen, der Stadt Fraustadt meine Dienste anzubieten; meine Vaterstadt würde wenigstens auf dem ganzen Erdboden keinen Mann finden, der mit aufrichtigerer Liebe an sein Werk ginge als eben ich; hat man aber erst ein halbes Jahrhundert hinter sich, dann taugt man wohl noch vielleicht zum Erhalten,

aber nicht mehr zum Aufbauen.“ Er empfiehlt alsdann den Rektor der höheren Bürgerschule in Eberswalde. Dieser bewirbt sich auch um die Stelle, die Stadt befürwortet sein Gesuch bei der Regierung, doch war die Wahl bereits auf einen andern gefallen, den Oberlehrer Krüger in Bromberg.

Am 30. IX. traf endlich in Fraustadt das Schreiben der Regierung in Posen ein, welches eine Abschrift des entscheidenden Rescripts des Ministers vom 9. IX. enthielt: „Auf die Berichte der Königl. Regierung zc. genehmige ich die Umwandlung der Kreisschule in Fraustadt in eine Realschule unter folgenden Bedingungen:

1. die Stadt Fraustadt gewährt für die Unterhaltung der Schule in ihrer neuen Verfassung den in der Verhandlung vom 7. IV. 1851 angebotenen jährlichen Zuschuß von 2013 Thalern, in vierteljährlichen Raten pränumerando zahlbar, so lange die Anstalt in ihrer Eigenschaft als Realschule besteht und gewährleistet
2. die Dotation der Lehrer-Stellen, sowie die der übrigen Ausgabe-Titel, wie sie in gedachter Verhandlung zum Ansatz gebracht ist.
3. Übersteigt die Einnahme an Schulgeld den angenommenen Betrag von 840 Thalern jährlich, so wird von der Königl. Regierung zu Posen erwogen und festgesetzt, ob der Überschuß für andere Bedürfnisse der Anstalt, namentlich auch zur Verbesserung der Lehrer-Gehälter erforderlich ist. Verneinenden Falls fließt die Mehr-Einnahme der Stadtkasse zu.
4. Ebendasselbe gilt von den Ersparnissen bei den verschiedenen Ausgabe-Titeln, und ist darauf Bedacht zu nehmen, die etwaigen Mehr-Einnahmen in einem Jahre zur Deckung der Mehr-Ausgaben in andern Jahren zu reservieren.
5. Die Schule wird nach den Anordnungen der Königl. Regierung in Posen organisiert, und der für dieselbe zu entwerfende Lehrplan unterliegt der Genehmigung gedachter Behörde.“

Von einem Rechte der Stadt, bei der Besetzung der Lehrerstellen mitzuwirken, ist nirgends die Rede. Auf eine diesbezügliche Anfrage seitens des Magistrats (13. X. 1852) bei Gelegenheit der Empfehlung des Rektors in Eberswalde wurde in einem Rescript vom 2. II. 1853 dem Magistrat eröffnet, daß durch die Umwandlung der Kreisschule in eine Realschule die bisherigen Patronatsverhältnisse keine Veränderung erlitten und demgemäß das Recht, den Direktor und die Lehrer der Anstalt zu ernennen, auch fernerhin der Staatsbehörde verbleibe.

In Bezug auf die Leistungen des Staates heißt es in obigem Rescript weiter: „Bei Erfüllung dieser Bedingungen übernimmt der Staat bei Versetzung des Rektors, Superintendenten Fechner und des Lehrers Radojewski in den Ruhestand die denselben zu gewährenden Pensionen von 350 bzw. 195 Thalern, und die Kosten für die bauliche Einrichtung der Schule nach dem darüber gefertigten Anschlage zum Betrage von 1000 Thlr. 19 Sgr. 11 Pfg. dergestalt, daß zu letzteren Kosten zunächst das Kapitalvermögen der Kreisschule mit 500 Thlr. in 4% Posener Pfandbriefen und 200 Thlr. in Staatsschuldscheinen, sowie den etwa vorhandenen verfügbaren Kassenbestand verwendet, und der dann noch erforderliche Zuschuß aus unmittelbaren Staatsfonds hergegeben wird.“ Infolge dieser Verwendung der Ersparnisse von der Kreisschule her wurde eine Änderung im Etat notwendig, weil nun die 27 Thaler Zinsen in Wegfall kamen. In betreff der Pensionierungen ist noch des weiteren bemerkt, daß mit Genehmigung Sr. Majestät des Königs dieselben auf Staatsfonds übernommen seien, daß jedoch die des Rektors Fechner erst gezahlt werden könne, wenn der betreffende Ausgabefonds dazu die erforderlichen Mittel haben werde. Deshalb müsse Fechner bis dahin entweder beibehalten, oder seine Pension aus dem Titel für die Lehrerbefoldungen gezahlt werden. Mit diesen Bestimmungen hatte sich der Magistrat in der Sitzung am 5. X. 1852 zu

beschäftigen, an der teilnahmen Bürgermeister Noack und die Ratsherren Reinmann, Wilcke, Noehrich und Major a. D. von Blanck, und am folgenden Tage kam die Angelegenheit vor die Stadtverordneten, welche sich den Anträgen des Magistrats anschlossen, die dahin gingen, alle Bestimmungen der Regierung anzunehmen, bei der Pensionierungsfrage des Direktors aber von den beiden Möglichkeiten die erstere zu wählen und ihm eine seinem gegenwärtigen Gehalte entsprechende Stelle einzuräumen. Außerdem spricht die Versammlung den Wunsch aus, daß mit den Umbauten im zeitigen Frühjahr begonnen und die Realschule bestimmt zu Ostern 1853 eröffnet werde, letzteres auch mit Rücksicht darauf, daß, wie verlautete, in Glogau und Guhrau ebenfalls Realschulen errichtet werden sollten. Die Posener Regierung hatte nichts gegen die Eröffnung der Schule zu Ostern einzuwenden, hielt es aber nicht für angebracht, in dem einen Flügel des Schulgebäudes Unterricht zu halten, während in dem andern Umbauten vorgenommen werden sollten. Die Stadt sollte während der Bauzeit für geeignete Räume Sorge tragen. Ferner erklärte die Regierung es für durchaus untunlich, den Direktor Fechner an der neuen Anstalt in einer untergeordneten Stellung zu lassen, vielmehr müsse die Stadt, wenn bis dahin die Mittel von Staatswegen nicht zu beschaffen seien, vom 1. I. 1853 ab die Zahlung der Pension übernehmen „und zwar aus den für die Zeit vom 7. IV. d. Js. angebotenen, aber ersparten 2013 Thaler. Die vorläufige Beibehaltung Fechners an der Schule, die ohnehin nach ihrem bisherigen Lehrpersonal mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, kann nicht eintreten.“ Die Stadt geriet dadurch in eine unangenehme Zwangslage: sollte sie für die Pension Fechner auf noch unbestimmte Zeit aufkommen, oder im Falle der Ablehnung die so lange herbeigesehnte Eröffnung der Realschule wieder auf unabsehbare Zeit hinausschieben lassen? Die Stadtverordneten-Versammlung erfüllte es mit Betrübnis, daß die Königl. Regierung der Kommune noch mehr Opfer außer den schon so reichlich gebotenen durch die zeitweilige Pensionierung des Direktors Fechner auferlegen wollte. Doch war sie bereit, nach Kräften der Regierung entgegenzukommen, um den Gang der Schul-Angelegenheit nicht zu hemmen, erklärte sich aber nur auf ein Jahr bereit, die Pensionierung Fechners zu übernehmen. Diesen Vorschlag acceptierte die Regierung. Auch Räume im evangelischen Kantorhause wurden durch die Stadt vom Gemeinde-Kirchen-Rat am Kripplein Christi gemietet; außer dem neuen Direktor waren ferner die Lehrer ernannt, Dr. Siedler, Dr. Blindow, Haendler als Oberlehrer, als ordentliche Lehrer Rektor Graupner aus Schroda, Realschullehrer Knorr aus Meseritz und die früheren Kreisschullehrer Rüll und Wagler. Es stand mithin jetzt nichts mehr der Eröffnung der Schule im Wege, und im März konnte man im Amtsblatte der Regierung in Posen und in den Kreisblättern von Guhrau, Glogau, Freystadt, Grünberg, Züllichau, Herrnsdorf, Kosten und Fraustadt, in den beiden letzten in deutscher und polnischer Sprache, die amtliche Bekanntmachung lesen:

„Der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten hat mittelst Rescripts vom 2. v. M. die Umwandlung der hiesigen Königl. Kreisschule in eine Realschule genehmigt, deren Eröffnung zu Ostern d. J. stattfinden soll.

Nach dem uns vorliegenden Lehrplane wird die Ausbildung der Zöglinge, außer dem Religions-Unterricht und den besonders vorgeschriebenen Realwissenschaften, sich auf die polnische, deutsche, lateinische, französische und englische Sprache erstrecken.

Das Schulgeld ist für die zwei unteren Klassen auf 10, für die zwei mittleren Klassen auf 12 und für die zwei obersten Klassen auf 14 Thaler jährlich bestimmt.

Der Ruf, welcher dem zum Direktor der Realschule ernannten Herrn Oberlehrer Krüger aus Bromberg, sowie den übrigen designierten Lehrern vorausgeht, läßt auf ein kräftiges und gedeihliches Aufblühen der neuen Lehranstalt schließen, weshalb wir keinen Anstand nehmen, dieselbe zur besonderen Berücksichtigung zu empfehlen.

Eltern auswärtiger Kinder können sich wegen Unterbringung der letzteren in geeigneten Pensions-Anstalten jederzeit schriftlich oder mündlich an uns wenden.

Fraustadt, den 3. März 1853.

Der Magistrat.“

